

Bergabteilungen und Anzeigenvertrieb sind in der Morgenausgabe angeschlossen. Redaktion: SW 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 102-105. Tel.-Adressen: Sozialdemokratische Partei

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Berlin und Anzeigenvertrieb. Geschäftszeit 9-5 Uhr

Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH, Berlin SW 68, Cindenzstraße 3. Fernsprecher: Dönhoff 1006-1007

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Kahr und Lössow unter schützenden Flügeln. Entrüstungs-Trommelfeuer der Hochverräter.

SE. München, 29. Februar.

Kurz nach 1/9 Uhr eröffnete Landgerichtsdirektor Reibhart die Verhandlung. Die Verteidiger und der Staatsanwalt protestieren zunächst gegen einzelne Äußerungen Münchener Blätter zum Prozeß. Hierauf setzte Oberstaatsanwalt Kriebel seine Aussage fort. Ich möchte die organisatorische Stellung der Leiter des „Kampfbundes“ schildern. In den meisten Fällen steht neben dem politischen oder militärischen Führer. Das ist bei dem Verband „Bayern und Reich“ auch der Fall. So war es auch bei uns. Der politische Führer gab die Weisungen und ich mußte sie ins Militärische umsetzen. Wenn man einem Verband angehört, der auf Gehorsam aufgebaut ist, fällt alle Verantwortung in militärischer Beziehung nur auf den militärischen Führer. Ich sage das, weil noch immer Leute im Gefängnis sitzen, die nichts tun, als erhaltene Befehle auszuführen. Ich komme nun zu dem Ereignissen zurück.

Am 25. oder 27. September traf mich Seiber an und sagte mir, die Vaterländischen Verbände kämen bei ihm zusammen und an dieser Besprechung nähme Schubert-Richter teil. Am 30. war dann eine Besprechung bei Kahr. Ich ging mit Friedl hin. Kahr fragte mich gleich, was ich wollte. Er dachte mich als Vertreter des Bundes nicht empfangen. Am 9. Oktober war eine Besprechung bei Seiber über nepolitische Maßnahmen. Man wollte wissen, wie wir uns einstellten würden, wenn die Notpolizei aufgehoben wird. Ich erklärte, ich möchte hier erst darüber fragen. Dann kam im November die Totenfeier, wo wir verplant war, die Schutzmannschaften meinem König vorzuführen. Das erschütterndste bei diesem Vorhaben war, daß voraus die wohlgenährte gutgekleidete Reichswehr marschierte, hinterher die hochrangige, in Fäden gekleidete, aber begehrte Jungmannschaft.

Am 8. November wollte Kahr in einer programmatischen Rede verkünden, daß die Revolution zu Ende sei und eine neue Zeit beginne.

Ueber die Teilnahme von Juden herrschte Meinungsverschiedenheit. Die Mitteilung, daß Juden nicht zugelassen werden sollten, brachte einen Sturm der Entrüstung, da die Verbände erklärten, sie hätten so viele Juden in ihren Reihen, daß eine Ablehnung der Teilnahme von Juden undenkbar sei. Kommerzienrat Reus meinte noch, viele Juden würden nicht kommen, da sie auf Kahr wegen der Ausweisungen von Ostjuden nicht gut zu sprechen seien. Ich komme nun zu der bewußten Sitzung am 8. November, 4 Uhr 30 Minuten, bei Kahr. Ich wurde vermittels von Seiber angerufen, ich solle zur Sitzung kommen. Der Zweck wurde mir nicht mitgeteilt. Ich kam zusammen mit Dr. Weber, der ebenfalls eingeladen war.

Es waren anwesend außer Herrn v. Kahr: General v. Lössow mit Oberstaatsanwalt v. Berchem und Leutnant Rödel, Oberst v. Seiber mit Major Hunzinger, zwei Regierungsräte vom Generalkommando, Vertreter der Vaterländischen Verbände, vom Bund „Bayern und Reich“, von den Vaterländischen Verbänden, militärische vom Stadthelm, Wittgenkapitänleutnant Kauter, Hauptmann Heiß für die „Reichsflagge“, Dr. Weber und ich für den „Kampfbund“.

Kahr begrüßte die Versammlung und setzte dann auseinander, welchen Zweck sie hatte. Er ließ keinen Zweifel daran, daß er der Revolution Streifen aus einer nicht nationalen Regierung abstoßen wollte. Er erklärte, daß es notwendig sei, von Bayern aus diese Revolution zu befähigen. Es wurden dann die beiden Wege erörtert, die zum Ziele, nämlich dem Kampf gegen die Berliner Regierung führen sollten. Ein normaler Weg und ein abnormaler Weg. Der normale Weg konnte natürlich auch nicht parlamentarisch sein und es wurde sofort beauftragt, wenn erkannt würde, daß der normale Weg nicht zum Ziele führe, von vornherein der normale Weg gewählt werden sollte. Die Vorbereitung dafür wurden schon getroffen. Es handelte sich in der Hauptsache noch um die Bereitstellung der Mittel und um die rechtliche Klarheit für das, was man wollte. Mir war es charakteristisch, daß

Kahr unterschied zwischen der Aufstellung der deutschen Frage und der Herstellung einer neuen preussischen Regierung. Er betonte, es reichte nicht, neue Männer an die Spitze Deutschlands zu stellen, es müsse auch eine neue preussische Regierung vorbereitet werden. Die Verhandlungen darüber seien noch nicht abgeschlossen. Fern Schluß von dem, was die Verbände strenges Disziplin. Den D... in Aktion geben er selbst. Jedes Vorpresse sei schädlich. Er würde dem betreffenden Verband keine Unterstützung entgegen. Wenn ihn die Verbände im Stich ließen, dann würde er sich allein auf Reichswehr und Landespolizei stützen. Mit keinem Wort hat er aber von einem Waffengebrauch gegen widerpenstige Verbände gesprochen.

Kahr erwähnte dann noch das Gerücht, daß einzelne Verbände schon am 9. und 15. November vorgehen wollten. Er nannte dabei mit Namen den „Wittgen-Bund“, „Bayern und Reich“, „Reichsflagge“ und die „Nationalsozialisten“. An diese Verbände richtete er keine Warnung. Lössow erklärte sich mit Kahr vollkommen einverstanden, er mache jede Sache mit, die Aussicht auf Erfolg habe, nur könne er keinen Kapp-Putsch mitmachen.

Dann machte er noch Bemerkungen über Differenzen mit einigen Verbänden. Er erwähnte ein gescheitertes Flugblatt, das unter der Reichswehr verteilt war und das er eine „Dummheit“ nannte, weil es gerade das Gegenteil von dem erreichte, was es wollte. Es sei Mißtrauen in der norddeutschen Reichswehr, deren Vertreter er gerade erregen wollte.

Er betonte dann auch, daß er sich mit Gewalt gegen jeden Verband wenden würde, der einen Kapp-Putsch mitmachen würde. Dann erklärte Seiber, die Landespolizei siehe treu hinter Kahr und werde jeden seiner Befehle ausführen. Zum Schluß, als Kahr

die Sitzung ohne Diskussion abgebrochen hatte, ging ich zu Lössow und hatte mit ihm eine längere Unterredung. Ich schilderte ihm nochmals, wie groß die Not bei uns sei und wie gefährlich es wäre, die Leute immer wieder in Stimmung zu setzen und die Aktion stets von neuem wieder hinauszuzögern. Dadurch entstehe die Gefahr, daß von selbst Explosionen entstünden. Die Not im Volke sei ungeheuer. Von unseren Leuten, die zum größten Teil dem verhungerten Mittelstand angehörten, könne man nicht verlangen, daß sie im Falle von Unruhen als Notpolizisten auf die Hungernden schießen würden. Wenn Reichswehr und Landespolizei auf die Hungernden schießen würden, dann wäre es unmöglich, daß unsere Leute gemeinsam mit ihnen den Marsch auf Berlin anträten. Ich betonte, daß Kahr der wirkliche Leiter des Volkes werden könne, wenn er endlich zu einem Entschluß komme, und zwar zu dem, den er als sicher in Aussicht gestellt hatte. Meine Worte machten erheblichen Eindruck.

Lössow erklärte: Ich will ja marschieren, ich will ja marschieren! Aber bevor ich mir nicht 51 Proz. Wahrscheinlichkeit in meinem Notbuch ausrechnen kann, kann ich es nicht machen.

Diese Äußerung eines Soldaten war für mich erschütternd. Hätten wir danach im Kriege gehandelt, dann hätten wir schon am 4. August kapitulieren können. Der Sinn war jedenfalls der: Ich möchte schon, aber ich traue mir nicht! Unter diesem Eindruck ist dann mein Rundschreiben an die Verbände zu betrachten. Ich mußte, alles warierte nur auf das Kommando „Los“. Deshalb habe ich auch den Verbänden gesagt,

wie ständen jedem zur Verfügung, der sich einen Entschluß fassen. Am 8. November hatte es sich dann mit dem Kommando, dem drei Jügendverbände die Türe aufzumachen. Es sollte sich nicht um eine Resolution in Bayern handeln, sondern den Herren sollte nur ein kleiner Stubbs gegeben werden, damit sie es wagten, ins kalte Wasser zu springen. Der Entschluß wurde spontan gefaßt. Es wurde nur kurz militärisch überlegt, was zu seiner Ausführung notwendig war und wie ein Blutvergießen verhindert werden konnte. Am 7. feierten wir als Termin den 8. feil, den Tag, an dem Kahr selbst die Revolution branden wollte. Am 7. abends wurden noch einmal die militärischen Vorbereitungen und Befestigungen der Minister erörtert, denn es war klar, daß das Ministerium besetzt oder doch zunächst ausgeschaltet werden mußte. Wir wußten, daß die Revolution im Fall von Unruhen eine

Ausweichstelle in Regensburg angelegt hatte nach dem Muster der Reichsregierung. Es mußte verhindert werden, daß dadurch ein Konflikt zwischen Kahr und der bayerischen Regierung entstünde. Wir wußten, daß auch das Generalkommando sich seiner letzten Freisinn entledigen wollte und hielten so zwei Fliegen auf einen Klapp. Gegen den größten Teil der Minister hatten wir nichts. Zu Anklagen hatten wir volles Vertrauen. Anklage wäre uns als Staatskommissar lieber gewesen als Kahr. Anklage wurde das Präsidium angeboten. Er nahm es nicht an, noch lehnte er es ab. Gegen die Generale Witzelhofer und Rexer sind wiederholt Vorwürfe erhoben worden, und bei diesen trauen wir der Volksstimmung Rechnung, wenn wir sie befristeten. Ich suchte Blutvergießen zu verhindern, und deshalb war es geraten, den Postleuten in Schutzhaft zu nehmen und Friedl sofort die Geschäfte zu übertragen. Das Korps Oberland sollte den Bahnhof besetzen und mit Muffel dort hingehen, damit die Bevölkerung in friedliche Stimmung käme. Die Befehle des Bahnhofs war nötig, um zu verhindern, daß die Eisenbahn bewaffnete Jügend sich ausricht. Das Telegraphenamt mußte besetzt werden, um zu verhindern, daß die Ereignisse in alle Welt hinaus telephoniert und telegraphiert wurden. Man hat bei mir einen

Zettel mit Telefonnummern und der Bemerkung: „Glücklich entbunden“

aufgefunden. Das war ein Stichwort, das jedoch nicht weiter gegeben worden ist. Weiter wird mir vorgeworfen, daß ich in Kenntnis der Weimarer Verfassung Hochverrat begangen habe.

Vors. (unterbrechend): Auf dem gefundenen Zettel stand „glücklich entbunden; Meldung an Friedl und Löwenbräukler“. Wenn Sie hier sagen, daß dieses Stichwort nicht benutzt worden ist, so stimmt das nicht, denn wir haben Zeugen, die bekunden, daß dieses Stichwort an den Löwenbräukler weitergegeben worden ist.

Angelt.: Wenn Sie es wissen, so will ich es auch zugeben. Ich wollte nur nicht nach Leute belasten. Zur Verfassung bemerkt ich: Ich habe weder die Weimarer noch die Bayerische Verfassung gelesen.

Da aber im bayerischen Parlament und im Reichstag immer auf die Weimarer Verfassung losgeschlagen worden ist und da auch in Norddeutschland der Ruf erlautete, sie zu befestigen, dachte ich, wenn alle dagegen anknüpfen, kannst du es auch.

Ich bin dann am Abend im Bürgerbräukler gewesen. Ich habe bei Ludendorff gesehen, mir keine Staatsstellung zu geben, sondern mich in die Nationalarmee einzureihen, denn ich meinte damals schon, daß man auch bei einer Sache sein könne, ohne selbst Vorteile bezuehren zu wollen. Ludendorff hat mich, doch vorläufig in seinem Stabe zu bleiben, und das war ja auch notwendig, denn Ludendorff konnte doch nicht selbst Anweisungen geben.

Meine Person kommt ja hier gar nicht in Frage. Mir ist vollkommen Wurscht, ob ich verurteilt werde und ich muß, oder nicht; aber es ist doch unerträglich, daß Kahr, Lössow und Seiber, die wie Ludendorff ihr Wort verpfändet hatten, plötzlich umfallen, ohne Ludendorff Mitteilung zu machen, weshalb und warum (sehr erregt). Ich kann den Beweis erbringen, daß bei der Schließerei an der Residenz General v. Lössow sich in der hintersten Baracke der Kaserne der Infanterie verbarockte hat. Ich kann nachweisen, daß bei der falken Nachricht von Ludendorffs Tode ein Hauptmann Rödel ausrief: „Das ist die beste Lösung!“ (Große Unruhe im Publikum, Entrüstungsrufe.)

Hier kommt es zu einem scharfen Zusammenprall zwischen dem Staatsanwalt und dem Vorsitzenden und im Verlauf dieses Wortgefechts benutzen auch die Verteidiger die Gelegenheit zu einem Vorstoß gegen den Ersten Staatsanwalt. Erster Staatsanwalt Stenglein: Diese Bemerkungen müssen aber doch entschieden gerügt werden, denn wir dürfen nicht vergessen, daß es sich hier um die einseitige Darstellung eines Angeklagten handelt. Gegenüber der Behauptung, daß Ludendorff nicht offiziell davon benachrichtigt war, daß Kahr, Lössow und Seiber nicht mehr mitraten, steht doch die Tatsache, daß Oberst Veithold ihnen morgens um 5 Uhr die Nachricht brachte, daß Kahr, Lössow und Seiber nicht mehr mitraten könnten.

Vorsitzender (sehr scharf): Es ist doch wohl nicht Sache der Staatsanwaltschaft, dem Vorsitzenden eine Rüge darüber zu erteilen, wie er sich zu verhalten und wann er einzutreten hat. Ich habe bisher keine Veranlassung gehabt, den Angeklagten zu unterbrechen (laut Bravour-Rufe), da er sich keines Formverstoßes schuldig gemacht hat.

Rechtsanwalt Dr. Luettgebrunn: Dem Angeklagten muß doch schließlich zugestanden werden, keinem Zorn über den Treubruch Lust zu machen, der schließlich Ludendorff hier auf die Lippen gebracht hat. (Bravour-Rufe.)

Erster Staatsanwalt Stenglein: Die Staatsanwaltschaft ist, wie ich ausdrücklich betone, nicht dazu da, Ihre schützenden Flügel über die Herren Kahr und Lössow zu halten, aber, ehe man den Stab über sie bricht, muß man sie doch wohl anhören.

Dann fuhr der Angeklagte Kriebel in seinen Auszügen fort und schilderte, daß weder Ludendorff noch er eine offizielle Meldung darüber erhalten hätten, daß Kahr, Lössow und Seiber nicht mehr Willens waren, sich an der Aktion zu beteiligen.

Um 11 Uhr wurde die Verhandlung wieder fortgesetzt und Oberstaatsanwalt Kriebel schildert die Vorgänge am Vormittag des 9. November. Aus den Befehlen der Anordnungen der Reichswehr und der Landespolizei habe man den Gemeindevorstand genommen, daß Reichswehr und Polizei teilnahmlos auf die Verbände schießen würden, mit denen sie bisher in engem Einvernehmen gestanden hätten. Immerhin habe man Maßnahmen gegen eine Ueberrumpfung getroffen. Wenn an einer Brücke z. B. Geschütze aufgeföhren gewesen seien, so habe es sich dabei im wesentlichen um alte Bestände aus Oberschlesien

gehandelt, mehr Kullissen als Waffen, vor denen die Landespolizei bestimmt nicht ausweichen würde. Außerdem war der Befehl gekommen, daß die Führer der Verbände mit denen der Landespolizei Abkommen treffen sollten, um ein Blutvergießen zu verhindern. Der Angeklagte schildert dann, wie man, um sich Aufklärung über die Lage zu verschaffen, den Demonstrationszug in die Stadt befohlen und sich vorgenommen habe, am Marienplatz vorbei zu marschieren, um dort am Rathaus die schwarzweilrote Fahne wehen zu sehen. In diesem Zusammenhang schildert der Angeklagte die Verhaltung des sozialistischen Stadtrats und behauptet, daß es nur dem Eingreifen seiner Leute mit der Waffe gelungen sei, zu verhindern, daß die Stadträte von der wütenden Menge getötet wurden.

Dann schilderte er den Marsch in die Stadt. An der Spitze seien die Führer marschiert in Dreier- und Viererreihen, die über die ganze Straßbreite gingen, darunter Hilfer, Ludendorff, Dr. Weber und er selbst, sowie auch der Oberlandesgerichtsrat von der Pfordten. Unterwegs sei die Landespolizei auf die Pul- und Schrotkugeln der Mitglieder des Junus zur Seite gewichen. Dann schloß er den Zusammenstoß an der Residenz. Ich sah in der Residenz ein Mitglied der Landespolizei, der mit erhobenem Karabiner losstürzte und auf unsere Leute einschlug. Im gleichen Augenblick fiel dann ein Schuß und gin zwischen mir und Hilfer durch. Es war kein Pistolen-, sondern ein Karabinerschuß. Das gab das Signal zu einer wüstenartigen Schierelei. Ob unsere Leute geschossen haben, weiß ich nicht. Immerhin waren die Hilfer-Leute lauter schreiende alte Soldaten, die sich selbstverständlich nicht wie die Jungen ablichten ließen; ich hätte an ihrer Stelle auch geschossen. Vom Fenster der Residenz aus wurden dann Pistolenkugeln auf mich abgefeuert und ich dachte, wenn die noch länger schießen, dann treffen sie mich am Ende. Nach vier Schüssen

fiel ich mich deshalb wie tot auf die Erde fallen, worauf das Schießen aufhörte. Ich hatte keine Waffe bei mir. Ich trug Friedensuniform mit Lackstiefeln. Ich sah dann einen Herrn mit dunkelblauen Anzügen liegen und ging zu ihm, weil ich befürchtete, daß es Ludendorff wäre. Es war aber Herr v. d. Pfordten. Dann lagen noch zwei Tote voran, über die die Fahnen ausgebreitet wurden. Nachdem die Verwundeten dann in die Residenz getragen waren, ging ich nach Hause. Ich ging dann von München weg, um alles in Ruhe zu überlegen und die ganzen Vorgänge aufzuzeichnen. Am 11. November fuhr ich nach München zurück um mich zu stellen, tot es aber auf Anraten meines Anwalts nicht. Erst am 1. Januar habe ich mich gestellt. Ich empfinde keine Reue, das mit mir geschehen zu haben.

Dem Vorsitzenden werden dann einzelne Fragen an den Angeklagten gerichtet. Auf die Frage von Landgerichtsdirektor Reibhart, was denn geschehen wäre, wenn die drei Herren ihr Wort gehalten hätten, antwortete der Angeklagte, daß er dann ausgehört hätte, militärischer Führer des Kampfbundes zu sein. Verteidiger Dr. Gademann erklärt dann, daß er im Besitz eines Stenogramms von der Sitzung am 6. November sei, das er im gegebenen Moment vorlesen werde.

Auf Befragen eines Anwalts bestätigt Kriebel nochmals, daß Kahr bei dieser Sitzung es als höchste Dringlichkeit bezeichnet habe, sofort in Berlin eine nationale Reichsregierung zu schaffen. Kahr habe gesagt, es würde pünktlich und konzentrisch vorgegangen werden. Er habe ferner erklärt, die gesamte militärische Leitung werde Lössow haben. Die bayerischen Divisionen, so habe Lössow erklärt, würden mitmachen, solange es sich um keinen Kapp-Putsch handelte.

(Fortsetzung im Morgenblatt.)

Der Arbeitsplan des Reichstags.

Der Vorkonferenzrat des Reichstages beschloß heute auf Antrag der Bayerischen Volkspartei mit Rücksicht auf die geplanten Platz- und Sitzungsbedingungen sowie auf die Abwesenheit der besetzten Gewerkschaften den Sonntag dieser Woche sowie den Montag und Dienstag der nächsten Woche Sitzungsfrei zu lassen. Heute, Freitag, wird die allgemeine Aussprache, die durch die Rede des Reichstanzlers am Dienstag eingeleitet wurde, fortgeführt werden; es werden noch sprechen der Reichsminister Dr. Luther und die Abg. Wulle und Ledebour. Damit ist die erste Rednerreihe zu Wort gekommen, und es wird am Mittwoch, den 5. März, die allgemeine Aussprache durch die zweite Rednerreihe fortgeführt werden. Mit dieser allgemeinen Aussprache werden verbunden die Interpellationen, die von den Sozialdemokraten und von der Deutschen Nationalen Volkspartei zu der Eisenbahnpolitik, zur Not der Landwirtschaft, zur Frage der Arbeitslosigkeit der Industrie eingebracht sind. Nach Beendigung der allgemeinen Aussprache sollen mit der Regierung über die weiteren Arbeiten des Reichstages neue Vereinbarungen getroffen werden.

Der Notetat des Reiches.

Am Reichshaushaltsausschuß wurde heute vormittag die Beratung des Notetats fortgesetzt. Der sozialdemokratische Antrag, die Kündigung des Notetats bis zum 30. April 1924 zu begrenzen, wurde gegen die Stimmen der bürgerlichen Parteien, also auch der Deutschen Nationalen, abgelehnt und statt dessen beschlossen, den 31. Mai 1924 zu setzen. Ein sozialdemokratischer Antrag auf Streichung des Einspruchsrechts der Verwaltungsausschüsse gegen Ausgaben wurde angenommen.

In der Erörterung über den § 3, der die Ermächtigung für die Regierung enthält, bis zu 800 Millionen Goldmark im Wege des Kredits flüssig zu machen, äußerte der Abg. Dauch (Dt. Sp.) währungsrechtliche Bedenken. Mit den Stimmen der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokraten wurde beschlossen, den Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht über diese Bedenken zu hören. Die weitere Erörterung darüber fand in vertraulicher Beratung statt.

Die tägliche Lüge.

Die Deutschnationalen und Deutschvölkischen heben das systematische Verbreiten von Lügen und Verleumdungen für ein Standesgemäßes Gewerbe zu halten. Es vergeht kein Tag, an dem man nicht einem dieser sauberen Patronen auf die Finger klopfen muß. Gestern war es die „Bergisch-Märkische Zeitung“, die den Innenminister Severing mit dem Militärbefehlshaber in Münster verwechselte, um eine neue Severing-Hege zu inszenieren, heute sind es die „Deutsche Zeitung“ und die „Königsberger Allgemeine Zeitung“, die behaupten, der deutsche Reichsangehörige, Kaufmann Bruno Hartmann in Riga, sei ausgewiesen und seine Bittte um Schutz von der deutschen Gesandtschaft abgelehnt worden. Der Zweck der Lüge ist klar: der deutsche Gesandte in Riga, Genosse Köster, soll in der öffentlichen Meinung herabgesetzt werden.

Aber deutschnationale Lügen haben nicht immer lange Beine. Die sofort angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß Hartmann bei keinem Mitglied der deutschen Gesandtschaft in Riga vorgekommen hat. Weder in der Matritel der Gesandtschaft noch in den Verzeichnissen der reichsdeutschen Einwohner Rigas ist ein Bruno Hartmann enthalten. Auch der städtische Polizeikommissar in Riga ist über die Ausweisung Hartmanns nichts bekannt. Hartmann ist weder für die von ihm angegebene Wohnung Schlossstraße noch überhaupt für Riga polizeilich gemeldet. Das nach seiner Angabe ihm gehörige Konfektionsgeschäft am Theater-Boulevard 4 hat nie existiert. Die Angabe Hartmanns, daß der Wagen, in dem er und seine Familie abtransportiert wurden, mit einer Weibblombe geschossen worden sei, wird von dem leitenden Bekleidungsminister für völlig absurd erklärt. Auch das leitende Innenministerium hat eine Untersuchung angeordnet, deren Ergebnis noch aussteht, hat jedoch bereits die Er-

kärung abgegeben, daß die Ausweisung weder von ihm noch von der polizeilichen Polizei verfügt worden sei.

Damit hat die Untersuchung das ergeben, was sich jeder vernünftige Mensch von vornherein sagen mußte. Die ganze Geschichte ist ein ausgelegter Schwindel. Es hieß die geistigen Fähigkeiten in der Deutschen und der Königsberger Allgemeinen Zeitung denn doch zu tief einschätzen, wollte man den Blättern unterstellen, sie seien diesem Schwindel auf den Beinen gegangen. Ist das aber nicht der Fall, dann bleibt nur die andere Besatz übrig, daß man Verleumdungen und Lügen in gewissen deutschnationalen Redaktionsstuben mit seinen journalistischen Ehrbegriffen vereinbaren zu können glaubt.

Um die Finanzkontrolle in Deutschland.

Paris, 29. Februar. (Ill.) Unter den Sachverständigen der beiden Komitees macht sich, wie verschiedene Morgenblätter verraten, ein gewisser Pessimismus geltend, der hauptsächlich auf ungünstige Meldungen aus Deutschland zurückzuführen sei. Diese Meldungen betreffen, daß einflußreiche Kreise der deutschen Industrie sich gegen die Einführung einer internationalen Finanzkontrolle sträuben. Leider mehren sich Anzeichen dafür, schreibt „New York Herald“ weiter, daß Deutschland einer internationalen Finanzkontrolle immer größere Widerstände in den Weg zu legen scheint. Falls das Prinzip einer Kontrolle von Deutschland nicht angenommen wird, würde die gesamte Arbeit der Sachverständigen zunichte werden. Das ganze Problem könnte in zwei Fragen zusammengefaßt werden: 1. In welchem Umfange wird Deutschland als Ausgleich für seine finanzielle Rettung im Prinzip einer internationalen Finanzkontrolle beipflichten? 2. Wie weit wird die französische Regierung sich damit einverstanden erklären?

Herriot für Einigung.

Paris, 29. Februar. (Uca.) Herriot entwickelte gestern in einer Versammlung im Komitee der Republikanischen Fraktion in Houllies das Programm des Linksblochs. Ueber die auswärtige Politik sagte er u. a., Frankreich sei angegriffen worden. Es habe ein Recht auf Sanktionen. Eine internationale Moral sei unmöglich, wenn man zögere, daß Deutschland nicht bezahle. Aber man habe nicht das rechte Mittel ergriffen, um es zum Zahlen zu bringen. Die Ruhrbesetzung sei vielleicht ein Druckmittel gewesen, aber dieses Mittel sei verbraucht und habe keine Ergebnisse gebracht. Man müsse zu der Einigung zwischen den Alliierten zurückkommen und die Ruhr gegen greifbare Pfänder auslösen. Im übrigen werde man ja sehen, daß das Programm der Sachverständigen nicht mehr von dem Programm abweiche, das die Republikanische Partei in der Kammer am 11. Januar eingebracht habe.

Stressemanns Pariser Echo.

Paris, 29. Februar. (Ill.) Die neueste Rede Stressemanns hat im großen und ganzen in Paris eine günstige Aufnahme gefunden. „Echo de Paris“ setzt die Rede als eine energiegelbe Antwort an die Rationalisten auf. Trotz des Widerspruchs der deutschen Reaktionsäre könnte die internationale Beteiligung, namentlich an der neuen Goldnotbank, nicht länger verweigert werden. Stressemann sei auch auf die nationalstaatlichen Vorurteile eingegangen, wonach er gelegentlich der Einstellung des passiven Widerstandes von Frankreich keine Konzessionen erlangt habe. „Echo de Paris“ schreibt in einem Augenblick, wo eine Lösung des französisch-deutschen Konfliktes immer dringlicher erscheint, finden wir, daß man auf beiden Seiten nichts tun darf, um den Streit zu verärflichen. Wir stellen die Möglichkeit fest, die der deutsche Außenminister sich gestern aufzuwerfen versuchte. „Paris“ schreibt: Entgegen den ziemlich schweren Verleumdungen, die der deutsche Außenminister in den letzten Tagen aussprechen verstand, ist die gestrige Rede in einem Ton abgefaßt, der lebenswürdig sein soll. Diese gefällige Wendung könne aber über eine gewisse Periode, die der Rede anhafte, nicht hinwegtäuschen. Stressemann möchte die Sachverständigenausschüsse beeinflussen. Mit großer Geduldlosigkeit bittet er die Sachverständigen, dem deutschen Standpunkt beizutreten. Wenn die Rede Stressemanns aber tatsächlich als ein Anzeichen einer Reorientierung der deutschen Politik aufgefaßt werden soll, so mag die Reichsregierung es demnach durch die Tat beweisen.

Kommunistische Gefängnisgruel.

Am 19. Dezember vorigen Jahres wurden, wie die ersten Nachrichten lauten, in den Gefängnissen auf den Solowechki-Inseln im Weißen Meer sechs Sozialisten erschossen und zwei verwundet. Alle Einzelheiten fehlten. Die politische Polizei in Moskau verweigerte den Angehörigen jede Auskunft. Erst am 10. Februar, d. h. 7 Wochen nach den blutigen Ereignissen, erscheint in der russischen amtlichen Presse folgende Notiz:

Am 19. Dezember 1923, 6 Uhr abends, fand im Hofe des Gefängnisses Solowechki ein bedauerndes Ereignis statt. Zwischen den Verhafteten und einer Gruppe Rotarmisten, die das Lager bewachen, war ein Konflikt ausgebrochen. Bei diesem Zusammenstoß wurden getötet: Frau Kotowa, 25 Jahre alt; ferner starben an den Verletzungen: Kotscharowski, 28 Jahre, Wilimow, 27 Jahre, Goresit, 26 Jahre, Frau Bauer-Gel'min, 32 Jahre, und Popowa, 28 Jahre alt; verwundet wurden: Lebodow, 24 Jahre, und Schit, 32 Jahre alt.

Die Untersuchung wird fortgesetzt. Die Ergebnisse der Untersuchung werden bekanntgegeben werden.

Aus diesem kältesten amtlichen Bericht kann man nicht einmal die Ursache des „bedauernden Ereignisses“ herauslesen. Eines steht jedoch fest: die Schuld an der Niederschießung der wehrlosen Gefangenen liegt vollkommen auf Seiten der Gefängnisbehörde, die, nebenbei bemerkt, aus ehemaligen gemeinen Verbrechern besteht. Der amtliche Bericht versucht dieses Mal nicht, wie so oft bisher, den Gefangenen die Schuld in die Schuhe zu schieben, er erzählt keine Märchen über „Fluchversuche“ oder „Angriffe“ der Opfer der bolschewistischen Justiz. Die Worte „bedauerndes Ereignis“ lassen darauf schließen, daß auch die Leiter der politischen Polizei in Moskau ganz genau wissen, wer für die blutigen Ereignisse in Solowechki verantwortlich ist.

Das Blutbad auf den Solowechki-Inseln, das jetzt auch von emsiger Seite bestätigt werden mußte, ist ein besonders trübseliges Beispiel für den noch heute in Rußland herrschenden politischen Terror. Seit Monaten hat die russische sozialistische Presse auf die grausamen Verfolgungen der Sozialdemokraten, Sozialrevolutionäre, Anarchisten usw. in Rußland hingewiesen, ohne daß die Macht haben im Kreise ihr blutiges System geändert hätten. Angesichts der neuesten Gruel in den kommunistischen Gefängnissen gilt es, dem Protest gegen diese schmachvollen Zustände besonderen Nachdruck zu verleihen, um wenigstens das Leben der in den russischen Kerker schmachtenden Genossen zu retten und ihr Los zu lindern. Es gilt, die Arbeiterklasse der ganzen Welt für dieses Werk internationaler Solidarität und reinster Menschlichkeit zu gewinnen. In der letzten Sitzung der Exekutive der Sozialistischen Arbeiterinternationale in Luxemburg ist diese Aktion begonnen und eine Reihe zweckentsprechender Beschlüsse angenommen worden, darunter ein Antrag des Genossen Crispian, der allen der S. A. I. angeschlossenen Parteien empfiehlt, in ihrem Lande Hilfskomitees für die gefangenen Sozialisten in Rußland zu gründen. An der Arbeiterschaft aller Länder liegt es nun, den Opfern der bolschewistischen Justiz ihre moralische und materielle Unterstützung angedeihen zu lassen.

Im preussischen Finanzministerium fand heute, dem amtlichen preussischen Pressebericht zufolge, eine Sitzung der einzelstaatlichen Finanzminister statt. In der über die Finanzlage der Länder und über die Rückwirkungen beraten wurde die sich aus der dritten Steuerreformordnung des Reichs auf die Finanzen der einzelnen Länder ergeben.

Richtigstellung. In dem Artikel im heutigen Morgen-„Vorwärts“, „Abbau der Wuchererbekämpfung“, ist im 3. Absatz durch Auslassen einer Zeile eine Sinnstörung entstanden, die wir berichtigen. Der letzte Satz dieses Absatzes muß richtig heißen: „Zu mehreren dieser Bestimmungen als solche einer geordneten Wirtschaft, welche sich von Ausschüssen fernhält, gestellt anlegen sollen, welche sie in der Entfaltung ihrer Produktion hindern können, wird leider nicht gesagt.“

Die Erweiterung Wehrzustands. Die wehrpflichtige Sowjetrepublik wird durch die schon längst beschlossene und nunmehr zur Ausführung kommende Einbeziehung der Bezirke Witebsk, Smolensk und Homel hinsichtlich ihres Territoriums fast um das Doppelte vergrößert. Die Bevölkerung wächst um das Zweifelhafte. Ein außerordentlich wehrpflichtiger Rätekongreß hat die administrativen und wirtschaftlichen Angelegenheiten der so bedeutend erweiterten westlichen Sowjetrepublik zu regeln.

Wassermann-Reaktion und Syphilis.

Von Dr. med. Robert Marg.

Es ist jetzt allgemein in Valentreisen wie auch bei den Ärzten die Meinung verbreitet, daß der sogenannte negative Wassermann-Reaktion nach Wassermann mit einem Nichtvorhandensein bzw. einer Ausheilung der Syphilis gleichbedeutend sei. Es ist deshalb der Artikel von Prof. Stern-Düsseldorf in der „Deutschen Medizinischen Wochenschrift“ über Wassermannsche Reaktion und Ansteckungsgefahr der Syphilis von allgemeinem Interesse, besonders, da das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten, das durch die Obstruktion des reaktionären Teils des Reichsrats und unter dem Freudengeheul der ärztlichen Standesorganisation vorläufig nicht zur Verabschiedung kam, von der Ansteckungsgefahr durch den Syphilistler spricht, die man meistens, wenn sich keine Krankheits-erregere (Spirachäten) mehr nachweisen lassen, nach dem Ausfall der Wassermannschen Blutuntersuchung beurteilt.

Wie diese für Syphilis beweisende Reaktion im Blut zustande kommt, darüber sind sich bis jetzt die Gelehrten noch nicht einig, besonders da diese Reaktion auch bei Sepsis (Ausschlag), Malaria und fortgeschrittener Tuberkulose vorkommen kann.

Stern kommt deshalb zu dem wichtigen Schluss: Die Ansteckungsgefahr der Syphilis hat mit dem negativen oder positiven Wassermann (dem guten oder schlechten Blut, wie die Patienten laien) nichts zu tun. Ansteckungsgefahr besteht schon, wenn die Reaktion noch negativ ist (d. h. wenn das Gift noch nicht im ganzen Körper verbreitet ist), sie besteht noch, wenn die Reaktion schon wieder negativ geworden sein kann.

Die Annahme, eine positive Wassermann-Reaktion bedeute eine Ansteckungsgefahr, ist nicht bewiesen. Doch die Anwesenheit von Spirachäten nicht gleichbedeutend mit Ansteckungsmöglichkeit oder Ansteckungsgefahr ist, ergibt sich daraus, daß noch von keinem Patienten mit Parainfluenza (Gehirnerweichung) und Tabes (Rückenmarksschwund) eine Ansteckung nachgewiesen wurde; trotzdem haben beide häufig positive Wassermann im Blut und Liquor (Rückenmarkssaft), und es wurden oft Spirachäten im Gehirn nachgewiesen.

Prof. Stern kommt also zu folgendem Schluss: Die Wassermannsche Reaktion hat mit der Anwesenheit von vitalen (ansteckungsfähigen) Spirachäten im Organismus keinen direkten Zusammenhang.

Das Wesen der Reaktion besteht wahrscheinlich in einer Veränderung des Lipid-Stoffwechsels (Lipide sind Fettarten des Körpers), bedingt durch Gewebeerkrankungen, die ausgegost werden durch die Infektion mit Syphiliserregern bzw. durch andere Krankheits-erregere, z. B. der Tuberkulose, der Malaria, der Sepsis usw.

Die Blutuntersuchung befragt über die Möglichkeit von Ansteckungen nichts.

Die Frage der Ansteckungsgefahr eines Geschlechtskranken im Sinne der §§ 2, 4, 7 und 8 des Gesetzes zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten darf nicht allein abhängig gemacht werden von dem Ergebnis serologischer Untersuchung.

Volkstanz — Amüsieranz — Kunstanz.

In den alten Reigen- und Singtänzen sprudelt ein kostbarer Quell volkstümlicher ästhetischer Kultur, den man hegen und wo er zu verfliegen droht, mit neuer Kraft und neuem Geist erfüllen soll. Aber man sollte niemals vergessen, daß es sich bei diesen Tänzen um gefällige Vergnügungen handelt, nicht um Kunstübung. Wätsch, daß die große und ernste Bewegung im Kunstschaffen unserer Tage, die an den modernen Tanz anknüpft, einmal, wenn sie erst Sache des ganzen Volkes geworden ist, aus jedem Quell befruchtet werden kann. Heute besteht zwischen beiden kein Pfad und keine Brücke. Volkstanz und Kunstanz sind weltverchiedene Dinge.

Diese grundlegende Erkenntnis mangelte dem Vortrag, der jetzt in der Urania über das Thema: „Der Tanz, eine Kunst der Kraft, der Anmut und Lauterkeit“ gehalten wird. Der Vortragende Dr. Heinrich v. Luzzel beharrt in seiner Weise den Stoff, über den er sein Publikum unterrichten will. In völliger Ahnungslosigkeit, mit ein paar banalen Thesen umgeht er die tiefen und komplizierten Probleme körperlicher Bewegungskunst, die heute die moderne Ästhetik und die moderne Pädagogik beschäftigen. Dazu werden von einigen Dilettanten, die sich Schüler einer Meisterklasse nennen, und ein paar untermittelmäßigen Ballettweiser Reigen, Singtänze, Bühnentänze und Tanzpantomimen vorgeführt, deren kompositionelle und technische Hülflosigkeit jede Kritik entwaschmet. Ich würde über die Veranstaltung kein Wort verlieren, wenn es sich nicht um die Urania handelte, ein Institut, in dem breite Volkstänze Belehrung suchen, und wenn das mihandelte Thema nicht gerade der Tanz wäre, das weitest wichtige Gebiet im Kunstschaffen unserer Tage der fruchtverbreitende Boden, aus dem uns eine neue volkstümliche künstlerische Kultur erblühen soll.

Solange wir auf diese Blüte warten, ist es Pflicht, gewissenhaft alles fernzuhalten und auszuschneiden, was ihr Wachstum behindern oder schädigen könnte. Eine gute Pflanze ist künstlerisch wertvoller als ein mangelhaftes Drama in hohem Stil. Auch auf der Tanzbühne gibt es Amüsierkünste von einer geistigen und technischen Vollendung, die die leichteste Ware zum Range echter Kunstwerke erheben. Balletka Wert ist die Meisterin dieses Genres. Was sie an ihrem jüngsten Abend im Blüthner-Saal, namentlich an satirischen Karikaturen („Barkete“, „Sport“, „Wenurte“) brachte, ist bei aller groteskeren Üppigkeit so prägnant spirituell, so tief innerlich beseelt, so echt erlebte und persönlich kraftvoll gestaltet, daß man das Gefühl hat: wenn diese starke Natur über ein anderes Weibchen verfügte, so würde sie vielleicht eine glänzende Vertreterin der großen Kunst geworden sein. Sie ist klug und geschmackvoll genug, sich in ihren ersten Nummern („Geburt“, „Liebe“, „Lebensfreude“, „Tod“) mit ganz leisen, fast nur markierenden Andeutungen zu begnügen, wobei sie dann freilich meist dünn und farblos bleibt, im übrigen aber auf Amüsierstücke sich zu beschränken. Diese Stücke sind äußerlich so blendend und dabei in ihrer Ausführung von einer so absoluten künstlerischen Meisterhaftigkeit, daß sie das große Publikum wie den Kenner in gleicher Weise entzücken. Trotzdem oder gerade deshalb ist es nötig, die Grenze scharf zu betonen, die sie von der hohen

Kunst des modernen Tanzes trennt. Sie gehören aufs Variété. Wenn sie auf der Tanzbühne erscheinen, sind sie gelehrt, das Publikum zu verwirren und ihm falsche Anschauungen über das beigebringen, was hier heute im Werden ist: über das Wesen und den Stil der szenischen Zukunftskunst.

Sohn Schitowski.

Comedia Valeri. Hat Berlin jüngste Bühne A. Billons langbekannte „Fremde Frau“ auf den Spielplan gesetzt, weil das Schauspiel künstlerische Offenbarung bedeutet? Das Dröhnende, auf Wirkungen erpicht, auf Sensationserregung spekulierende Stück von der Kraft und Unvergänglichkeit der Mutterliebe ist mit geschickter Technik gemachtes Theater. Bis zur Atemberkennung treibt die Spannung des Zuschauers der letzte Akt, die Schwurgerichtssitzung gegen die fremde Frau, die, um dem geliebten Sohn die Ehre ihrer verkommenen Existenz zu erproben, ihren erpresserischen Geliebten erschossen hat und die plötzlich in ihrem Verteidiger das Ziel ihrer zwanzigjährigen Sehnsucht, eben diesen Sohn, erlernt. Die in einem abenteuerlichen Leben zerrissene Mutter ist eine Bombentolle für Rosa Valeri, und das ist der Grund, weshalb man das Stück des französischen Verfassers wieder hervorgeholt hat. Frau Valeri kann einen starken und ehrlichen Erfolg verzeichnen. Ob sie die um das Leben des Sohnes hangende Mutter oder die von Lasten bedrückte Lebenserin oder die in fastwütendem Schwelgen verborrende, maskenfeste erstarre Angelegte spielt, immer fällt sie die Rolle mit pulsierendem Leben. Und wenn sie in der Gerichtssitzung ihr sorgsam gehütetes Geheimnis nicht vor der Entdeckung sieht, den Sohn greifbar vor sich und doch wellenforn stützt, dann rakt ihr Schmerz, ihr Aufschrei erschüttert die ergriffenen Zuschauer.

Die Regie hat sich nicht verleiten lassen, die Effekte des Stückes zu steigern. Mit vornehmer Zurückhaltung nahen sich die Darsteller in den von der Regie vorgezeichneten Rahmen. Ludwig Roth, Erich Conradi, Helmuth Rasing, Max Jilzer, Ernst Becker und Eise Esler schufen eindrucksvolle Gestalten. Alles in allem: der Abend war ein Gewinn. Mit ihrer starken künstlerischen Persönlichkeit hat Rosa Valeri einen Reifer gezeitigt.

Entdeckung eines unbekanntes Volkstammes in Sibirien. Die soeben aus Sibirien zurückgekehrte Expedition unter Leitung des Botanikers Gorodkoff hat, wie der Ost-Express berichtet, den äußersten Nordwesten Sibiriens durchforscht und dabei Gebiete durchquert, die noch nie eine Aulse betreten hatte. Hier fand die Expedition im Gebiet des Flusses Tur im Norden des Gouvernements Tschokot einen Volkstamm, dessen Angehörige man bisher nur als Polzhändler kennengelernt hatte, wenn sie sich in den russischen Niederlassungen im Sural-Gebiet zeigten, was übrigens nur selten geschah. Man hielt sie dort für einen Zwerg der Samojeden. Gorodkoff hat aber jetzt festgestellt, daß sie diesem Volk nicht angehören. Sie werden von den Samojeden „Bachassow“, d. h. Waldmänner, genannt, sie selbst nennen sich Kschan. Ihre Sprache muß noch erforscht werden.

Zweite Goldber. Die große französische Sprachwissenschaftlerin, beschäftigt in Wien eine Theaterstudie zu eröffnen.

Henderson gewählt.

London, 28. Februar. (W.B.) Bei der heutigen Wahl in Burnley erhielt der Minister des Innern Henderson (Arbeiterpartei) 24 571 Stimmen, Camps (Cons.) 17 534 Stimmen.

Die englische Verfassung schreibt vor, daß jedes Mitglied der Regierung entweder dem Oberhaus oder dem Unterhaus angehören muß. Der bei der allgemeinen Wahl im Dezember in seinem Wahlkreis Newcastle durch einen Bürgerblockkandidaten besiegte Arthur Henderson war demnach verpflichtet, nachdem er einen Ministerposten in der neuen Regierung angenommen hatte, sich binnen kürzester Zeit wieder zur Wahl in einem freigeordneten Kreis zu stellen. Als der große Arbeiterabgeordnete von Burnley Dan Irving im Januar starb, wurde Henderson von der dortigen Sozialorganisation der Labour Party die Kandidatur angeboten. Er nahm dieses Angebot an, obwohl es sich keineswegs um einen „sicheren“ Wahlkreis handelte; war ja Irving, der ohnehin den Vorzug einer Jahrzehntelangen Popularität am Orte genoss, im Dezember nur mit 16 848 Stimmen gegen insgesamt 27 740 bürgerliche Stimmen gewählt worden. Von den letzteren waren 14 197 dem konservativen Camps und 13 543 dem Liberalen Whitehead zugefallen.

Rund erklärte bei der Nachwahl Whitehead, auf eine Kandidatur diesmal verzichten zu wollen, gab jedoch seinen Anhängern keinen deutlichen Wink zugunsten des einen oder des anderen Bewerbers. Um so mehr aber rangen die Konservativen um die Gunst der liberalen Wähler und sie erhielten dabei vor einer Woche eine wertvolle Unterstützung von dem fanatischen Sozialistenfreier Churchill, der in einem offenen Brief an den konservativen Kandidaten die liberalen Wähler aufforderte, Henderson zu Fall zu bringen. Noch am Dienstag veröffentlichte Baldwin ebenfalls einen offenen Brief an Hendersons Gegner, in dem es hieß, die Konservativen hätten das Recht, die Unterstützung der Liberalen zu verlangen. Insofern schien also bis zuletzt der Ausgang sehr zweifelhaft, und es ist sogar anzunehmen, daß der Vorstoß der Konservativen im Unterhaus gegen Hendersons Rede den besonderen Zweck verfolgte, den neuen Minister des Innern zu diskreditieren und ihn um so sicherer bei der Wahl zu Fall zu bringen.

Dennoch hat Henderson mit mehr als 7000 Stimmen gestiegen und es zeigt sich, daß nur etwa 3000 Liberale für seinen Gegner, aber fast 8000 Liberale für Henderson gestimmt haben. Das ist jedenfalls als ein Symptom des wachsenden Ansehens der Arbeiterpartei in England und der Anerkennung ihrer Leistungen in der Regierung zu werten. Auch zeigt dieses Ergebnis, daß die aufsehenerregende Rede Hendersons zugunsten der Revision des Versailler Vertrages und deren Nachspiel im Parlament dem Innenminister in keiner Weise geschadet hat, eher umgekehrt.

Interessant ist außerdem die Feststellung, daß es das dritte Mal ist seit Kriegsende, daß Henderson bei der Hauptwahl geschlagen und bei einer Nachwahl wieder Abgeordneter wird. Burnley ist hiermit sein fünfter Wahlkreis seit 1918! Ein weiteres Kuriosum ist es, daß nunmehr der selbste Fall eingetreten ist, daß ein Vater und zwei seiner Söhne zugleich im Parlament sitzen.

Kommunistischer Wahlschwindel.

Die kommunistischen Stadtverordneten „Dörre und Genossen“ erziehen den Magistrat, gegen einen Bürgermeister und dessen Stellvertreter „nachdrücklich vorzugehen“, weil sie angeblich für das Vorgehen gegen die Arbeitslosen und gegen Stadtrat Lüscher im 20. Bezirk „verantwortlich“ sind.

Das „Vorgehen“ gegen die Arbeitslosen besteht darin, daß nach der Verordnung des Reichsarbeitsministers und der entsprechenden Verfügungen des Magistrats denen die Unterstützung gesperrt werden mußte, die sich weigerten, ihnen angeordnete Arbeit auszuführen. Das „Vorgehen“ gegen den Stadtrat Lüscher besteht darin, daß gegen ihn das Disziplinarverfahren in die Wege geleitet wurde, nachdem er klipp und klar sich geweigert hatte, auszuführen, wozu er als Beamter verpflichtet war.

Ein Beamter kann zweifellos bei Ausübung des übernommenen Amtes in einen Konflikt mit sich selbst geraten. In einem solchen Falle kann er sich erzwungen sehen, um seinen Abchied einzukommen. Lüscher befand sich in einem solchen Fall. Was tat er? Er wünschte in Urlaub gehen zu dürfen, den Dienst jedoch, der ihm Gewissenskonflikte bereitete, schlug er vor, durch einen sozialdemokratischen Stadtrat ausüben zu lassen. Natürlich mußte er, daß seine kommunistischen Parteifreunde dann über diesen „Sozialverrat“ herfallen würden, und er hätte sicher nicht geglaubt, ein solches zu tun.

Kommunisten sind danach bereit, Beamtenposten zu befehlen, solange ihnen dadurch ermöglicht wird, ihre kommunistischen Parteinteressen wahrzunehmen. Sobald das Amt jedoch erbschlich, gelegentlich ungewollt solcher Parteinteressen oder gar in Widerspruch zu ihnen zu handeln, möchten sie zwar Beamte bleiben, die politische Handlung jedoch anderen aufhalsen, und diese anderen dann noch Ehrlich und Redlich „grundständig“ vorwerfen. Ein solches Handeln ist nicht vernünftig bei Leuten die sich an der Verwaltung von Anfang an beteiligen erfahren, nicht: um mit zu verwalten, sondern um die Verwaltung in Gemeinde, Staat und Reich zu zertrümmern. Die Erwerbslosen müssen von diesen Pertrümmernsophistiken der Kommunisten leider meistens nichts wissen, weil sie sich immer wieder vor den Wangen der kommunistischen Parteinteressen verstecken lassen. Das soll nun neudeutlich aus Anlaß des Falles Lüscher geschehen. Die Dörre und Genossen planen eine „Aktion“.

In der Stadtverordnetenversammlung soll um die Wiedererhebung des Stadtrats Lüscher gekämpft werden, heißt es in der „Roten Fahne“. Und weiter: „Welchen Erfolg dieser Kampf haben wird, das wird nicht von den parlamentarischen Beschlüssen abhängen, sondern von der Aktivität der Arbeitslosen um.“ Wie sehr die Aktion gerade auf die Erwerbslosen angelegt ist, erhellt aus der „Arbeitslosenliste“: „Arbeitslose, moßt ihr die Absehung Lüschers dulden?“ Was sie dann tun sollen, wird selbstverständlich nicht gesagt, um so eindeutlicher aber sucht man ihnen vorzuliegen, das Reinrückendörre Bezirksamt mit seinem linken sozialdemokratischen Stadtrat als verantwortlich für Bestimmungen des Reichsarbeitsministeriums, die von den Erwerbslosen m. E. mit Recht als wider das Klasseninteresse der Arbeiter erachtet empfunden werden und die nicht nur durch die prekäre Finanzlage des Reiches verursacht worden sind.

Was der vorstehenden Zeilen ist, unsere Genossen in den Stand zu setzen, dem erwähnten Wahlschwindel der Kommunisten überall da entgegenzutreten, wo sie ihn begegnen.

Was sich die SPD. unter Wohnungsfürsorge vorstellt.

Die Oberpostdirektion in Berlin hat eine Bezirksverfügung erlassen — Bz. VI. Nr. 524 Wohnungsfürsorge — die folgendes besagt:

„Der Bernhard Weis in Berlin-Dahlem, Hohenzollernstr. 102, am Roseneck, Tel. Palzburger 884, vergibt 2 Zimmer, Küche Bad, Garten usw. an einen in dem Ruhestand versetzten Post-

beamten. Freie Miete. Bedingung: Der Mieter muß sich verpflichten, gärtnerische Arbeiten zu verrichten sowie zu Handreichungen seitens seiner Ehefrau im Hause.“

Die etwa hierdurch freizumachende Wohnung wird von der SPD. beanprucht.“

Eine größere Ausbeutung der abgebauten Beamten ist kaum denkbar! Für eine Wohnung von 2 Zimmern, die gewiß in einem Kellergehoß oder sonstwo liegen, wird die Arbeitskraft von zwei Menschen beansprucht. Die Oberpostdirektion in Berlin nennt das Wohnungsfürsorge. — Der Beamtenabbau geht lustig weiter und die besitzenden Klassen stimmen, wie sie sich die abgebauten Beamten für Brosamen, die von ihren vollgedeuteten Tischen fallen, dienstbar machen können. Wir leben ja in einem Volksstaat!

Das Gemeindevorkaufsrecht.

Günstige Erfahrungen im Freistaat Danzig.

Um Steuerbetrügereien bei dem Verkauf von Grundstücken zu verhindern, ferner um den Gemeinden Gelegenheit zu geben, Grund und Boden im Interesse der Allgemeinheit zu erwerben, wurde im Freistaat Danzig durch das Parlament im Sommer vorigen Jahres dem Grundbesitzsteuergesetz eine Bestimmung einverleibt, nach welcher die Gemeinden berechtigt sind, zum Verkauf gelangende Grundstücke, die denen der Verkaufsumert zu niedrig angesetzt sind, so daß offenbar Steuerbetrugsversuch ersichtlich ist, zum angegebenen Verkaufspreise zu übernehmen. Diese Gesetzesbestimmung hat nach Angabe der Behörden einen bedeutenden Erfolg für den Steuereinkommen, für die Gemeinden und für die Allgemeinheit gezeitigt. Die Verkaufspreise, die bis dahin oftmals sehr niedrig angegeben waren, wurden sofort höher gesetzt, so daß die Steuereinnahmen sich bedeutend erhöhten. Die milden, bis dahin gezeigte Grundstückspekulation wich einem gesunden Grundstücksverkehr. Die Kommunen waren aber auf Grund dieser Bestimmung in der Lage, Grundstücke zu sehr billigen Preisen zu erwerben, wofür wir einige Beispiele über Grundwerb der Stadtgemeinde Danzig auf Grund dieses Vorkaufsrechts anführen möchten. Die Stadtgemeinde kaufte ein in einer Hauptverkehrsstraße gelegenes Grundstück, das aus 4 Gebäuden bestand, zum Preise von 1200 Tollar. In dem einen befanden sich 3 1/2-Zimmer-Wohnungen und 2 große Pöden. In den beiden anderen Gebäuden befanden sich je 6 Drei-Zimmer-Wohnungen. Das vierte Gebäude bestand aus einer Werkstatt. Weiter ging ein an der Weichsel gelegenes wertvolles Industriegelände von 110 500 Quadratmeter Fläche, davon 65 000 Quadratmeter Wasserfläche und 40 500 Quadratmeter Parkfläche zum Preise von 2000 Tollar Sterling in den Besitz dieser Gemeinde über. Ein Wohnungsgrundstück wurde zum Preise von 20 000 Tollar = 200 Tollar übernommen. Ein Geschäftsrundstück in einer der Hauptverkehrsstraßen das 1912 mit 560 000 Tollar verkauft wurde, konnte zum Preise von 1800 Tollar, ein im Villenbezirk gelegenes Wohnhausgrundstück, in dem sich 3 1/2-Zimmer-Wohnungen befanden, zum Preise von 1650 Tollar und schließlich ein weiteres Wohnhaus aus 10 Zwei- und Drei-Zimmer-Wohnungen und 2 Werkstattgebäuden zum Preise von 25 100 000 Tollar = 250 Tollar angekauft werden. In anderen Gemeinden des Freistaats sind ähnliche Erwerbungen gemacht worden. Neben diese Gesetzesbestimmung hat ein scharfer Kampf durch die Zentrumspartei und Deutschnationalen Partei im Danziger Volkskongress einmündig zur Beseitigung dieses Vorkaufsrechts find jedoch bisher gescheitert.

Das letzte Geständnis des Mörders Gerth.

Die Untersuchung des Doppelverbrechens in der Schleiermacherstraße durch die Kriminalpolizei ist jetzt abgeschlossen. Die letzte Vernehmung des verhafteten Gerth scheint nun auch des medizinischen Rätels ledig zu haben. Gerth hatte zunächst behauptet, daß nur die Geldforderung der Frau Hoffmann ihn zu dem Verbrechen veranlaßt habe. Dann gab er zu, daß bei den weiteren Handlungen noch dem Tode der Frau seine Reaktionen miteinwirkten hätten, wollte diese aber als schuldlos nicht anerkennen. Nach dem Vorkommen vom gestrigen Verhör wurde er abends noch einmal verhört. Sehr bekannt ist endlich, daß auch schon zu der Tötung selbst seine Reaktionen ihn mitgetrieben haben. Daß er von vornherein, als er die beiden Frauen in ihre Wohnung brachte, Mordabsichten gehabt habe, behauptet er noch wie vor. Wie bereits erwähnt, bestritt sich Gerth schon immer mit Jerusalemischer Literatur, „Musterstücken von Verbrechern, die er in diesem Werke fand, schwebten ihm vor, so auch das Bild einer Frau Mörder. Die vor diesen Worten auf dem Tempelhofer Felde des Opfer eines Stimmführers geworden ist. Als er nun über die Geldforderung der Frau Hoffmann in Verner und Luireanna geriet, trat ihm gerade dieses Bild wieder vor Augen, und jetzt packte er die Frau mit dem Blut-Schiff-Griff und brachte sie um. Der Gedanke, die Frau seiner ersten Tat zu befehlen, war es nicht allein. Nach Abschluß der kriminalpolizeilichen Ermittlungen und Verhöre wird Gerth heute wegen Mordes dem Untersuchungsrichter vorgeführt.

Der Raubmordprozess Friedmann.

Zu Beginn der Sitzung wird der behandelnde Arzt aus dem Birkow-Krankenhaus, Dr. Bernick vernommen, der die Behauptungen des Angeklagten Hoffmann über die Art seiner Erkrankung aus dem Krankenbuch nicht bestätigen kann. Die Angeklagten Hoffmann und Alfred Schütz werfen sich dann in längeren Ausführungen gegenseitig Unwahrheiten vor. Staatsanwaltssassessor Dr. Buerke beantragt, Amtsgerichtsrat Strudmann darüber zu vernehmen, daß dieser den Kriminalkommissären Müller und Gehfel mitgeteilt habe, daß Schütz ihm persönlich gestanden habe, Friedmann mit den Händen erwürgt zu haben. Rechtsanwalt Bahni: Im dem Protokoll steht davon nichts drin. Ich kann nicht annehmen, daß sich ein psychiatrischer erfahrener Amtsgerichtsrat eine derartige grobe Fiktionserfindung hat zuschreiben lassen. Kriminalkommissar Johannes Müller behauptet, daß Strudmann ihm gesagt habe, Schütz habe endlich ihm selbst zugestanden, Friedmann mit den Händen erstickt und erwürgt zu haben. Das sei damals schon ein Schritt weiter gewesen, da Schütz bis dahin immer jede Behauptung des Friedmann abgelehnt hätte. Von der Verteidigung wird darauf noch die Erhebung zahlreicher weiterer Beweisanträge verlangt. Das Gericht zieht sich zu einer längeren Beratung über alle diese Anträge zurück. Schließlich wird beschloffen, Amtsgerichtsrat Strudmann zu vernehmen sowie noch mehrere Zeugen herbeizuziehen, die über das Aussehen des Vermeintlichen Verwundeten wissen sollen. Infolgedessen wird die Verhandlung für eine Stunde ausgesetzt. Durch diesen neuen Antrag sind die Dispositionen des Gerichts, heute noch die Verhandlung zu Ende zu führen, unmöglich geworden. Das Urteil ist erst am Montag zu erwarten.

Die neuen Polizeigeühren.

Auf Grund der allgemeinen Verwaltungsgebührenverordnung vom 29. Dezember 1923 hat der Polizeipräsident eine vorläufige Zusammenstellung der wichtigsten vorkommenden Gebühren bearbeitet lassen, die zu einer einheitlichen Behandlung der Gebührenfrage im gesamten Groß-Berliner Polizeibezirk dienen soll. Hiernach beträgt die Gebühr, sofern sie überhaupt in Frage kommt, durchweg nur eine Goldmark, bei Ausstellung eines zweiten Arbeitsbuches 50, einer zweiten Arbeitskarte 10 und einer neuen Quittungskarte nur 5 Pfennige. Gebührenfreiheit wird im Allgemeinen für alle Amtshandlungen gewährt, die mit der Arbeitsbeschaffung des Arbeitnehmers und mit Amtshandlungen im Zusammenhang stehen, die durch die Behörde im öffentlichen Interesse veranlaßt werden. Ferner sind gebührenfrei alle fürsorgeangehörigen, Renten, Pensions, Mietschuldengleichungen, Fahrpreismäßigungsangelegenheiten, öffentliche Sammlungen u. dgl. Im Falle nachgewiesener Bedürftigkeit können auch auf Antrag Gebühren herabgesetzt oder erlassen werden. Von dieser Befugnis darf jedoch nur nach gewissenhafter Prüfung Ge-

brauch gemacht werden. Die Erhebung der Gebühren erfolgt in jedem Falle durch zu entwerfende Gebührenmarken. Diese Gebührenregelung wird später durch Erlasse der einzelnen Minister ergänzt werden.

Schupo für die Republikfeinde.

Man schreibt uns: Am 28. d. M. hielt im Deutschen Wirtshaus, Reußlin, Bergstraße, der „Deutsche Offiziers-Club“ (D.O.C.) eine Versammlung ab. Damit die Herren nicht in ihrer eifrigen Tätigkeit gestört würden, hatte man — von welcher Seite dies geschehen war, ließ sich leider nicht feststellen — ein Schupo-Kommando von 7 Mann in Bereitschaft. Davon standen vier Mann teils auf der Straße oder im Hausflur, je ein Posten im Treppenturm und vor dem Saalraum und außerdem lief noch ein Oberwachmeister kontrollierend herum. Soweit die Teilnehmenden man muß sich doch dabei unbedingt fragen, ob denn die Schupo nicht tatsächlich wichtigere Aufgaben zu erfüllen hätte als für die persönliche Sicherheit einer Gruppe von Personen zu sorgen, deren Tätigkeit nicht im Interesse der Republik liegt, sondern sogar gegen sie gerichtet ist. Sie sollte lieber für die nötige Sicherheit auf der Straße sorgen und ihre Tätigkeit gegen den noch immer in Blüte stehenden Wucher entwickeln.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postaufgabe bei.

Ein schwerer Unfall ereignete sich am Donnerstag in der 11. Abendstunde auf dem Bahnhof Jannowbrücke. Dort fiel ein Mann in Eisenbahnkleidung, der auf dem Bahnsteig unsicher umherging, plötzlich, als gerade ein Zug einlief, vom Steig auf die Schienen hinunter und geriet unter die Räder der Lokomotive. Erst nachdem er ein Stück mitgeschleift war, konnte der Zug zum Stehen gebracht werden. Der Baharzt, der sofort erschien, stellte die schwersten Verletzungen fest. Dem Verunglückten war, abgesehen von anderen Verletzungen, das rechte Bein und der linke Fuß abgefahren worden. Er wurde festgesetzt als ein Eisenbahnbedienter Wilhelm Hieron aus der Chedowickstraße 27.

Der „Völkische Arbeiter“ (Eber. Niederholländische und Kolonialklub) veranstaltet am Sonntag, den 2. März, vorm. 10 Uhr, im Restaurant „Rust“ in Niederholländische, eine Ebnarmorgensprache. Erscheinen werden 9 Vereine aus dem Arbeiter-Lagerhaus.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

74. Wkt. Zehndorf (Freemur) vort. Heute (Freitag) abend 1/8 Uhr bei Schnorr Potsdamerstraße. Vortr. und Ausprobieren. Gemeindefest Singen.

Jugendveranstaltungen.

Gruppe Ebst. Heute (Freitag) 8 Uhr Jugendklub, Mariannenstraße 1a Vortrag: Durch Gemeindefest zum Gemeindefest.

Gewerkschaftsbewegung

Um den Reichsmanteltarif für das Holzgewerbe.

Vorläufige Vereinbarung der 48-Stunden-Woche.

Der Reichsmanteltarif für das deutsche Holzgewerbe ist nach ordnungsmäßiger Kündigung durch die Unternehmer am 15. Februar abgelaufen. Versuch, vor Ablauf des Vertrags zu einer neuen Regelung zu kommen, ist wegen der Unternehmern vorweg eine Verständigung über die Arbeitszeit verlangt. Sie forderten die 54stündige Arbeitszeit und darüber hinaus das Recht für den Arbeitgeber, noch weitere 6 Ueberstunden ohne Zuschlag zu verlangen, im Effekt also die 60stündige Arbeitszeit. Als bisherige vertragliche Arbeitszeit in der Holzindustrie beträgt für etwa 35 Proz. der Vertragsarbeiter 46 Stunden, für etwa 21 Proz. 47 Stunden und der Rest, also weit weniger als die Hälfte der Arbeiter, arbeitet 48 Stunden. Doch bei dieser Sachlage eine Verständigung nicht möglich war, ist selbstverständlich.

Die Unternehmer wollten sich um das Reichsarbeitsministerium mit dem Antrag, gemäß § 6 der Arbeitszeitverordnung die Arbeitszeit festzusetzen. Der hierauf vom Reichsarbeitsministerium eingeleitete Schlichter Regierungsrat u. D. Dr. Brahn bemühte sich, eine Verständigung zwischen den Parteien über die Grundfragen des neu zu schaffenden Vertrags herbeizuführen. Die Bemühungen scheiterten aber an der Unüberbrückbarkeit der Gegensätze hinsichtlich der Arbeitszeit. Einen Schiedspruch bezüglich der Arbeitszeit allein abzugeben, lehnte der Schlichter ab mit dem Hinweis darauf, daß es mangels eines Tarifvertrags nicht zweckmäßig sei, einen Schiedspruch zu fällen, der die Arbeitszeit allein betrifft.

Am 27. Februar trafen dann die Vertreter der Parteien erneut zusammen. Des Ergebnisses der Aussprache war eine Vereinbarung, die für die Dauer der alsbald beginnenden Vertragsverhandlungen gilt. Hiernach beträgt die wöchentliche Arbeitszeit 48 Stunden. Für die Regelung der Ueberstunden (über 48 Stunden hinaus), Akkordarbeit und Lohnbildung bleibt es bei der bisherigen vertraglichen Regelung. Eventuelle Differenzen werden von den Organisationen geschlichtet. Diese Vereinbarung gilt für beide Parteien bis zum 22. März. Man hofft, die Vertragsverhandlungen, die nun sofort einlehen, bis dahin beenden zu können.

Diese Vereinbarung schafft auch die Grundlage für eine Verständigung über die Differenzen, die infolge des Beschlusses der Unternehmer, die Arbeitszeit ab 16. Februar neu zu regeln, in verschiedenen Gebieten ausgebrochen sind, zu Aussparungen geführt haben.

An die Zimmerer Berlins!

Solange in der Zahlstelle Berlin des Verbandes der Zimmerer die Kommunisten die Leitung der Organisation in Händen haben, ist es ihre vornehmste Tätigkeit gewesen, die Zahlstelle kommunistischen Parteizwecken dienstbar zu machen. Der ganze Organisationsapparat wird in den Dienst der Münzstraße und Müllerstraße, also des Verbandes der ausgeschlossenen Bauarbeiter und der kommunistischen Partei, gestellt. Alle dort fabrizierten Resolutions und Anträge werden getreulich und auftragsgemäß in der Zahlstelle verarbeitet, unbekümmert darum, ob andere gewerkschaftliche Fragen drängen. Hat der Vorsitzende bis dato schon ohne Wissen der Mitglieder kommunistische Aufrufe und Versammlungseinladungen unterzeichnet, die sich gegen die Beschlüsse der Gewerkschaften richten, so ernannt der kommunistische Vorstand sogar in letzter Zeit offizielle Vertreter zu den von der Müllerstraße zusammenberufenen Verhandlungen und Zusammenkünften, welche keinem anderen Zwecke dienen als die eigene Organisation zu untergraben.

Was wurde alles den Mitgliedern vorgegaukelt, um die alten „Bosonen“ zu beseitigen? Alles, was früher den „Berräten“ vorgebracht wurde, um sich auf ihre Plätze zu setzen, treibt die kommunistische Leitung selber. Fast täglich schäufert man mit dem Unternehmertum an einem Tisch. Früher war es „Berrat“, jetzt aber ist es „Klassentampf“. Um vor den Mitgliedern die eigene Unfähigkeit zu verdecken, schimpft man über den D.O.C., die Zentralvorstände und die Berliner Gewerkschaftskommission.

In der Frage des Arbeitsnachweises werden die Mitglieder schon seit drei Jahren dupiert. Man redet ihnen immer wieder vor, in der nächsten Sitzung komme die Sache zum Abschluß, bis dahin sollen sie noch die Kosten dafür allein aufbringen. Obwohl von diesen Feldern sonst immer „Aktionen“ gefordert werden, dauern sie diesen Zustand schon drei Jahre lang, und um einen ihrer Steigbügelhalter in Amt und Würden als Arbeitsvermittler zu halten. Denselben Mann, der in den Konferenzen unserer Zahlstelle zu faulpostierten Rollen erklärte: „Der Vorstand des Bau-

